

Politik und Wirtschaft Nordkoreas 2002/2003

Manfred Pohl

1 Politischer Überblick

Das Jahr 2002 war zum einen geprägt von einem überaus positiven Ereignis, die 16. Asienspiele in Pusan (Oktober 2002), bei denen die süd- und die nordkoreanische Mannschaft wie bei den Olympischen Spielen 2000 gemeinsam in die Stadien unter der „Vereinigungsflagge“ einmarschierten, die eine einfarbige koreanische Halbinsel im Umriss auf weißem Grund zeigt. Dagegen hatte der Norden die Fußballweltmeisterschaft Mitte 2002 weitgehend ignoriert. Das andere, negative Ereignis, das viele positive Ansätze zurückwarf, war das Eingeständnis Nordkoreas im Oktober, sein Nuklearprogramm entgegen den Vereinbarungen von 1994 fortgeführt zu haben. Auch das Eingeständnis Nordkoreas, japanische Staatsbürger in mehreren Fällen gewaltsam entführt zu haben, belastete die Außenbeziehungen. Die 8. Ministergespräche zwischen den beiden koreanischen Staaten im Oktober 2002 waren schwer belastet durch die nordkoreanischen Enthüllungen über ein nukleares Waffenprogramm, nachdem es bereits seit August ausgesehen hatte, als kämen eine Reihe gemeinsamer Wirtschaftsprojekte endlich voran (s.u.). Positiv zu werten war anfangs auch der überraschende Besuch des japanischen Regierungschefs Koizumi in Pyongyang; als Kim Jong-il jedoch zugab, dass Nordkorea in der Vergangenheit 13 japanische Bürgerinnen und Bürger entführt habe, sanken die bilateralen Beziehungen auf einen Tiefpunkt, obwohl der nordkoreanische Führer sich entschuldigte. Die Spannungen wurden noch verschärft durch das wiederholte Eindringen nordkoreanischer Spionageschiffe in japanische Gewässer.

Dem Regime in Nordkorea (NK) läuft die Bevölkerung davon – wenn sie kann: Trotz aller Anstrengungen ist es der nordkoreanischen Führung nicht gelungen, den Flüchtlingsstrom aus dem Land einzudämmen, der Weg führt vor allem über China. Schätzungsweise 300.000 Nordkoreaner leben inzwischen illegal in China, notdürftig versorgt von südkoreanischen NGOs und ständig in Gefahr, von den chinesischen Behörden aufgegriffen und abgeschoben zu werden. Fluchtversuche übers

Meer und über ausländische Vertretungen in Beijing häuften sich 2002 (*EIU Country Report South Korea/North Korea*, November 2002: 7).

Die südkoreanischen Unternehmen waren Ende 2002 weit weniger optimistisch als die Regierung hinsichtlich der wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten Nordkoreas: Die südkoreanische Industrie- und Handelskammer (KCCI) befragte 100 führende Unternehmen des Landes, die Interesse an Aktivitäten im Norden bekundet hatten. Von diesen Unternehmen gaben 67% an, sie überprüften ein Engagement in NK als mittel- oder langfristiges Vorhaben, 11% gaben an, sie hätten jedes Engagement dort aufgegeben, die anderen 11% tätigten bereits Geschäfte in NK. 79% der an NK interessierten Firmen sagten, sie beobachteten die Entwicklungen, nur 13% von ihnen hätten Mitarbeiter, die sich ausschließlich mit NK befassen, 8% hätten ein volles NK-Team. China ist mit weitem Abstand der interessantere Investitionsbereich (60%), 21% interessieren sich für NK, immerhin mehr als für Südostasien (9%). Zielregion für südkoreanische Investitionen waren nach den Befragungen Gaesong (50,7%), Pyongyang 19,2% und die (unsichere) Sonderzone Sinuiju 17,8%. Zu 58% wurden niedrige Arbeitskosten als Grund für ein Engagement in NK angegeben, gefolgt vom Aufbau einer Basis in NK (40%), von sozialen Infrastrukturmaßnahmen (18%) und der Reduzierung logistischer Ausgaben durch mögliche neue Eisenbahnlinien (8%). Alle befragten Unternehmen betonten, dass sie Investitionen zurückhielten, weil die Unsicherheiten in der sozialen Infrastruktur, geringe Gewinnerwartungen und ein fehlendes Investitionsschutzabkommen Aktivitäten behinderten. Nur 31% der befragten Unternehmen rechneten mit einer „chinesischen“ Entwicklung in NK, 41% schränkten ihre Erwartungen auf die geplanten Wirtschaftssonderzonen ein (*Korea Now*, 2.11.2002: 17).

Im ersten Quartal 2003 wies die nordkoreanische Wirtschaft – wenn überhaupt noch möglich – einen neuen Tiefstand auf: Militärische Drohgebärden der Führung in Pyongyang minderten die ohnehin knappen wirtschaftlichen Möglichkeiten des Landes noch weiter; die internationale Hilfsbereitschaft wurde durch solche Drohungen ebenfalls gedämpft, sodass Nordkorea für 2003 mit einer weiteren extrem prekären Lage bei der Ernährung seiner Bevölkerung rechnen muss – damit setzt sich die katastrophale Versorgungslage bei Nahrungsmitteln 2002 auch in diesem Jahr fort. Die Industrieproduktion wird auch 2003 weiter fallen, nachdem die KEDO im November 2002 die Lieferung schweren Heizöls eingestellt hatte. Diese Entscheidung fiel auf der Grundlage einer Verletzung des sog. Agreed-Framework-Abkommens von Genf 1994 durch Pyongyang, die von den USA zuerst gergewöhnt, später auch bewiesen wurde: Nordkorea hat sein Atomprogramm jahrelang entgegen der Vereinbarung fortgeführt, eben dieses Programm einzufrieren, um im Gegenzug zwei Leichtwasserreaktoren zu erhalten und bis zur Fertigstellung jährlich 500.000 t schweres Heizöl geliefert zu bekommen. Die USA hatten Mitte 2002 durch Fernaufklärung per Satellit die Verletzung des Abkommens festgestellt, Ende 2002 gab die nordkoreanische Führung auch offiziell zu, das nukleare Waffenprogramm fortgeführt zu haben, im November erklärte die Führung in Pyongyang das Genfer Abkommen für „überholt“ (*Financial Times Deutschland*, 22.11.2002). Im Mai 2003 hieß es in Pyongyang in aller Form, dass man das Agreed Framework als hinfällig

betrachte und gezielt an der Entwicklung von Kernwaffen arbeite, „um Aggressoren mit einem Schlag vernichten zu können“. Diese Erklärung war besonders für den gerade gewählten Präsidenten Südkoreas, Roh Moo-hyun, ein schwerer politischer Rückschlag und könnte ihn zwingen, die „Sonnenscheinpolitik“ seines Vorgängers Kim Dae-jung zu überdenken und verstärkt wirtschaftlichen Druck auf Nordkorea auszuüben – wie es die USA verlangen (*Economist*, 17.5.2003: 56). Im Mai hatte die nordkoreanische Seite in Beijing eine harte Haltung eingenommen: Aufgabe des Nuklearprogramms nur gegen Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit den USA und garantierte Wirtschaftshilfe. Der Botschafter Nordkoreas in Berlin hat in einem Gespräch ausgeschlossen, dass Südkorea in der Nuklearfrage eine konstruktive Rolle spielen könnte; Pyongyang verfolge (ausschließlich in Richtung Washington) drei Ziele: Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zu den USA, Unterzeichnung eines Nichtangriffspaktes mit den USA und Einstellung der US-amerikanischen „Behinderung“ der wirtschaftlichen Entwicklung Nordkoreas (*Süddeutsche Zeitung*, 18.1.2003). Die Regierung Bush scheint sich dagegen erkennbar in Richtung einer Strategie des außenpolitischen Drucks auf Nordkorea zu bewegen, viele US-Falken geben den multilateralen Gesprächen zwischen Nordkorea, den USA, China, Russland und Japan keine Chance mehr und plädieren für härtere Sanktionen. Eine solche Politik stößt auf den Widerstand Südkoreas und Chinas, die eine Destabilisierung auf der koreanischen Halbinsel befürchten (*Far Eastern Economic Review/FEER*, 15.5.2003: 12-16). Die Haltung der nordkoreanischen Führung ist auf den ersten Blick unverständlich, beim zweiten Hinsehen wird aber deutlich, dass Pyongyang bisher stets mit seinen nuklearen Erpressungsversuchen außenpolitische Erfolge erzielen konnte (*Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 29.1.2003). 2002/03 könnte die Karte allerdings überreizt sein, denn der gewählte Präsident Südkoreas, Roh Moo-hyun, muss zwischen dem wachsenden Druck aus den USA, eine härtere Linie gegenüber Pyongyang zu verfolgen, und einer Fortsetzung der Engagement-Politik einen Weg finden; Nordkorea seinerseits gefährdet mit dem Nuklearpoker die Bereitschaft des Südens, auch weiterhin Hilfe zu leisten. Roh Moo-hyun will die Situation (zumindest wirtschaftlich) entschärfen, indem er auf einen nordostasiatischen Wirtschaftsblock zusteuert, der letztlich die Form einer regionalen Freihandelszone annehmen soll. Den Kern könnten die beiden koreanischen Staaten, China und Japan bilden, andere Staaten der pazifischen Region könnten sich „anlagern“. Eine solche Freihandelszone würde nach Auffassung der Berater Rohs gleichwertig neben der EU und der NAFTA stehen (*Korea Now*, 25.1.2003: 8).

Auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos (WEF) kündigte ein Vertreter des neu gewählten südkoreanischen Präsidenten einen „Marshall-Plan“ des Südens für Nordkorea an, wenn der nördliche Nachbar sein Nuklearprogramm einfriere. Der Abgeordnete der Regierungspartei MDP betonte, die wirtschaftlichen und diplomatischen Vorteile lägen jenseits aller Erwartungen Pyongyangs, wenn der Norden einsichtig sei (*Korea Now*, 8.2.2003: 7). Auch ein anderer Abgeordneter der MDP sagte im Namen Rohs Nordkorea eine Politik der offenen Tür und der gezielten wirtschaftlichen Hilfe beim strukturellen Umbau zu; darüber hinaus werde Präsident Roh alle Anstrengungen unternehmen, um den Norden bei der Normalisierung der

diplomatischen Beziehungen zu den USA und Japan zu unterstützen, nur mit Hilfe dieser beiden Länder könne die Versorgungskrise in Nordkorea überwunden werden (*Korea Now*, 8.2.2003: 12). Die nordkoreanische Seite behinderte durch die Nuklearpolitik zweifellos eine schnelle Umsetzung der südkoreanischen Vorschläge. Aber auch die Innenpolitik Südkoreas erwies sich als hohe Hürde: Die Präsidentenwahlen warfen ihre Schatten voraus, und die oppositionelle GNP blockierte alle Anstrengungen der Regierung; noch 17 Monate nach Unterzeichnung der Wirtschaftsabkommen mit Nordkorea waren diese nicht ratifiziert (Yonhap/Internet, 17.10.2002).

Nach monatelangen, fruchtlosen Verhandlungsversuchen scheint eine Gruppe von Staaten unter Führung der USA Mitte 2003 bereit, gegen Nordkorea eine Blockade zu verhängen – ohne es so zu nennen. Vor allem Japan und Australien sollen verstärkt nordkoreanische Schiffe stoppen und auf Waffentransporte hin untersuchen. Das Pentagon schätzt, dass 2001 ca. 560 Mio. US\$ allein aus nordkoreanischen Raketenexporten eingenommen wurden. Die Kontrollen sollen sich auch auf den Transport von Drogen und Falschgeld erstrecken. Beobachter schätzen, dass Nordkorea aus dem Verkauf illegaler Drogen jährlich ca. 1 Mrd. US\$ einnimmt. Besonders Australien ist über diesen Drogenhandel besorgt, nachdem die australische Küstenwache im April 2003 einen nordkoreanischen Frachter aufbrachte, der an einer entlegenen Küste 125 kg Heroin angelandet hatte. Die nordkoreanische Führung hat bereits mit Drohungen auf diese Maßnahmen reagiert und sie in einem Brief an die UN als Bruch des Waffenstillstandsabkommens von 1953 bezeichnet. Zugleich befürchten die beteiligten Staaten, in einer rechtsfreien Lage der Piraterie bezichtigt zu werden, da Kontrollen in internationalen Gewässern rechtlich kaum gedeckt sind. Diesen Vorwurf musste sich z.B. die spanische Regierung gefallen lassen, als sie im Dezember 2002 einen nordkoreanischen Frachter aufbrachte, der Scud-Raketen in den Yemen transportierte (FEER, 17.7.2003: 22-23).

Die nordkoreanische Wirtschaft stagnierte während der gesamten neunziger Jahre, die Wirtschaftsleistung sank 1990-99 um 32%, das Pro-Kopf-Einkommen fiel auf 714 US\$. 2002 setzte sich dieser Trend fort, bzw. die Schrumpfung dürfte sich 2003 noch beschleunigen. In 2001 erreichte das nordkoreanische Außenhandelsvolumen nach südkoreanischen Schätzungen 2,2 Mrd. US\$, weniger als ein Prozent des südkoreanischen Außenhandels (FEER, 20.3.2003: 46). Das Handelsbilanzdefizit erreichte 2002 eine Rekordhöhe von 1 Mrd. US\$, obwohl alle Beobachter sich einig sind, dass der nordkoreanischen Führung andere als „reguläre“ Einnahmequellen für harte Währungen zur Verfügung standen, z.B. illegale Drogen, Waffenverkäufe und Falschgeld. Dennoch ist die chronische Devisenknappheit des Landes eine schwerwiegende Behinderung der wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten. So hatte Nordkorea größte Schwierigkeiten, industrielle Rohstoffe wie Kokskohle, Rohöl oder auch Ersatzteile für seine überalterten Industrieanlagen russischer Herkunft zu beschaffen.

Die Versorgungslage der Bevölkerungsmehrheit ist weiter katastrophal (nicht aber für die Eliten, wie der Autor 2001 in Pyongyang feststellen konnte), seit vor fünf Jahren verheerende Überschwemmungen eine Hungersnot auslösten. Für 2003

wird eine Versorgungslücke von 700.000 t Nahrungsmitteln erwartet, da die wichtigsten Geberländer des World Food Program angesichts des eklatanten Vertragsbruchs Pyongyangs durch Fortsetzung des Nuklearprogramms wenig Neigung zeigen, Nordkorea weiterhin zu versorgen. In den vergangenen Jahren hatte Nordkorea durchschnittlich eine Million Tonnen Nahrungsmittel (vor allem Getreide) pro Jahr von ausländischen Gebern erhalten.

2 Wirtschaftspolitik

Bereits im Juli 2002 hatte Kim Jong-il versucht, durch tief greifende Wirtschaftsreformen (Preis- und Strukturreformen in offenkundigem Widerspruch zur herrschenden Ideologie) das Ruder herumzureißen, die Folge aber war ein erhöhter Inflationsdruck in den letzten Monaten 2002. Der Versuch, in Sinuiju, nahe der chinesischen Grenze, eine Wirtschaftszone (Sonderverwaltungszone) einzurichten, schlug katastrophal fehl, nachdem der Hauptinvestor und vorgesehene „Gouverneur“ der Zone, der chinesisch-stämmige Yang Bin, in China wegen Steuerhinterziehung verhaftet wurde. Damit sind die ehrgeizigen Pläne für Sinuiju erst einmal gescheitert. Aber die Anreize, dort eine grenzüberschreitende Industriezone zu errichten, sind enorm: Auf der gegenüberliegenden chinesischen Seite entsteht zügig der Dandong-Industriepark (Provinz Liaoning), wo bisher 40 südkoreanische Firmen Investitionspläne haben. Dandong ist mit Sinuiju durch eine Eisenbahnlinie verbunden, über die 2001 Güter im Wert von 200 Mio. US\$ nach Nordkorea geliefert wurden (Yonhap/Internet, 4.10.2002). In Dandong hat inzwischen auch eine nordkoreanische Bank eine Niederlassung eröffnet, die von Beobachtern als relativ seriös bewertet wird.

Die US-Regierung hat Südkorea davor gewarnt, Nordkorea durch Wirtschaftskooperation zu „belohnen“, Beteiligungen an Industriesonderzonen wie Gaesong oder Sinuiju liefen internationalen politischen Anstrengungen zuwider, Pyongyang zur Aufgabe seines Nuklearprogramms zu zwingen, betonte der Unterstaatssekretär für Verteidigung, Douglas Feith, in Seoul (*Choson Ilbo*, korean., in: BBC Monitoring Service, 8.11.2002). Als erste Reaktion auf die nordkoreanischen Nuklearprogramme hat die südkoreanische Regierung den Haushalt für innerkoreanische Kooperationen für 2003 gegenüber 2002 um 170 Mrd. Won auf 365,5 Mrd. Won (284,35 Mio. US\$) gekürzt. Dagegen erhöhte das Wiedervereinigungsministerium seinen Haushalt für nordkoreanische Flüchtlinge und vergleichbare Bereiche auf 10 Mrd. Won. 2002 kamen etwa 1.000 Flüchtlinge aus Nordkorea, für 2003 werden 1.240 erwartet (Yonhap/Internet, 5.11.2002).

Im September 2002 wurde bekannt, dass Kim Jong-il einen neuen Anlauf für tief greifende Wirtschaftsreformen unternehmen wolle. Im Juli waren die Löhne um das 20- bis 30fache erhöht worden, zugleich wurden die Preise für staatliche Leistungen, Nahrungsmittel und Mieten entsprechend angehoben. Die neuen Reformen könnten ausländischen Partnern endlich größere Planungssicherheit geben und die Voraussetzungen für die Gründung von Gemeinschaftsunternehmen in Nordkorea verbessern. Einen ersten Eindruck von den Konsequenzen der Reformen, d.h. besonders

hinsichtlich einer größeren Offenheit gegenüber ausländischen Partnern, sollte die erste International Technology and Infrastructure Exhibition im September 2002 in Pyongyang liefern; 51 ausländische Unternehmen, darunter 19 Unternehmen aus Deutschland und 24 italienische Unternehmen, wollten sich beteiligen, auch deutsche staatliche Stellen (BMWi) wollten teilnehmen.

Die Einstellung der US-amerikanischen Lieferung schweren Heizöls hat anscheinend zu einem überraschenden Schritt der nordkoreanischen Regierung in der Devisenpolitik geführt: Die nordkoreanische Handelsbank hat Einheimische wie Ausländer aufgefordert, ihre US-Dollar in Euro umzutauschen. Die Maßnahme könnte als Reaktion auf den Ölboykott gedacht sein, man könnte versuchen, den US-Dollar als Handelswährung durch den Euro zu ersetzen; südkoreanische Stellen hatten zum Zeitpunkt der Ankündigung keine näheren Informationen (*Nachrichten für Außenhandel*, 27.11.2002). Nordkorea setzt neben solchen Anstrengungen offenbar auch die Beschaffung verzweifelt benötigter Devisen durch kriminelle Aktivitäten fort: Anfang 2003 erwarb das Regime „in Europa“ Geräte zur Identifizierung gefälschter Banknoten. Beobachter sind überzeugt, dass diese nicht zur Entdeckung nach Nordkorea gebrachter falscher 100-US\$-Noten bestimmt sind, sondern zur Perfektionierung der eigenen „Blüten“-Produktion. Internationale Polizeiorganisationen und Bankenkreise gehen davon aus, dass neben den sog. „Supernotes“ (100-US\$-Noten) bald noch bessere Fälschungen in Umlauf gebracht werden sollen. Einige dieser neuen Fälschungen sind bisher in Indien und in Macao aufgetaucht (FEER, 6.3.2003: 8).

Im Oktober 2002 veröffentlichte die *Choson Ilbo* (Seoul) Einzelheiten der nordkoreanischen Wirtschaftsreformen auf Grundlage der Beschlüsse vom Juli, die in einem Paper mit dem Titel „Economic Management Improvement Measures“ niedergelegt waren, das die Zeitung sich beschafft hatte; das Papier war für Offiziere, Parteifunktionäre und Staatsorgane bestimmt. Die Maßnahmen in wesentlichen Punkten:

- Abschaffung des Sonderbonussystems für die Arbeitsgruppen in landwirtschaftlichen Kooperativen.
- Einführung eines Offizierssold nach Dienstgrad und Dienstjahren.
- Anhebung der Preise für Konsumgüter bzw. Einführung von Mieten für staatliche Wohnungen (früher frei zugeteilt).
- Umstellung von staatlicher Regulierung bei der Verteilung von Gütern des täglichen Lebens auf Bestreitung der Lebenshaltungskosten durch eigene Einnahmen, dafür Lohnerhöhungen, gestaffelt nach Tätigkeitsbereichen.
- Aufhebung des Gleichheitsprinzips, Zuweisung von Löhnen nach tatsächlicher Leistung.
- Einführung eines festen Preissystems für alle Waren und Dienstleistungen; „nichts wird mehr kostenlos sein“.

Die Preise für alle Güter wurden um das 25fache erhöht, parallel dazu wurde die monatliche Lebenshaltungskostenbasis („Löhne“) um das 18fache angehoben. Als Grundlage für die Entscheidungen wurde die Tatsache genannt, dass die staatlichen

Preise weit unter denen der Bauernmärkte liegen, sodass dem Staat die Güter des täglichen Lebens entzogen werden und an Einzelpersonen geliefert werden. Diese Einzelpersonen insgesamt verfügen über mehr Kapital als der Zweijahreshaushalt der Regierung. Es gab erstaunliche Selbstkritik in dem Dokument: Unumwunden wurde zugegeben, dass im Staatshaushalt die unproduktiven Ausgaben höher lagen als die produktiven Ansätze, von denen mehr als 74% als kostenfreie Waren- und Dienstleistungen an die Bevölkerung gingen; so wurden jährlich Milliarden von Won für kostenlose Nahrungsmittel eingesetzt. Die Lohnerhöhungen wurden stark gestaffelt: Arbeiter in schweren und gefährlichen Berufen (z.B. Kohlebergbau) und strategischen Branchen erhalten Steigerungen um das 20- bis 25fache, Facharbeiter sollen eine Steigerung um das 19fache und Arbeiter in den „unproduktiven“ Sektoren um das 17fache. Bauern erhielten früher Zuweisungen entsprechend der gezählten Arbeitstage, jetzt werden sie nach „Leistungstagen“ bezahlt, d.h. nach Umfang und Qualität ihrer Tagesleistung (*Choson Ilbo*, korean., in: BBC Monitoring Service, 15.10.2002). Es blieben jedoch noch Reste einer staatlichen Versorgung von ca. 30 Dienstleistungen, die ohne Kosten bereitgestellt werden sollen, darunter vor allem in den Bereichen soziale Sicherheit und Wohlfahrt (*Korea Now*, 21.9.2002: 18).

3 Finanzpolitik

Wie auch in früheren Ausgaben dieses Handbuches lässt sich für 2002/03 kein genaueres Bild der nordkoreanischen Finanzpolitik zeichnen: Politische Grundsätze und angegebene Zahlen sind bestenfalls schwammig, immer aber ungenau. Das sog. „Parlament“ der „Demokratischen Volksrepublik Korea“ trat zu Beginn 2003 zusammen, um den Staatshaushalt zu verabschieden. In diesem Jahr blieb selbst Kim Jong-il der Veranstaltung fern und unterstrich damit die tatsächliche Bedeutungslosigkeit dieses sog. Parlaments, das ohnehin nur fertige Beschlussvorlagen abzusegnen hat. Nach den bekannt gewordenen Zahlen sind für 2003 deutliche Ausgabensteigerungen um 14,4% geplant, 2002 war nur ein Anstieg um 2,3% angesetzt worden, 2001 ca. 3,5%. Bei der Finanzierung der Staatsausgaben werden erstmals neue Wege beschritten, indem die Ausgabe von Staatsanleihen eingeplant ist. Unter der Bezeichnung „Anleihen für das Leben des Volkes“ soll ein Teil des Haushalts abgedeckt werden. Für die Landwirtschaft werden Mittelzuwächse um 21,3% eingeplant, für die Energieversorgung sind Zuwächse um 12,8% veranschlagt, als Folge der Energieblockade durch die USA seit 2002 wird die Kohleindustrie 2003 rund 30% mehr Mittel erhalten. Das Militär erhält (selbstverständlich) ebenfalls mehr Mittel in dem Haushalt: Gegenüber 2002 (+14,9%) werden der Rüstung 2003 15,4% mehr Gelder zur Verfügung gestellt. Beobachter gehen davon aus, dass der Armee 2001 insgesamt ca. 5 Mrd. US\$ zur Verfügung standen, das waren 31% des BIP – genaue Zahlen für 2003 sind nicht verfügbar (*Neue Zürcher Zeitung*, 28.3.2003).

4 Agrarwirtschaft

Das südkoreanische Vereinigungsministerium geht in seinem Weißbuch 2002 davon aus, dass durch die sog. „drei Mängel“ (Nahrungsmittel, Energie, harte Devisen) seit Beginn der 90er-Jahre der Norden jedes Jahr ein wirtschaftliches Minuswachstum verzeichnet hat; Naturkatastrophen verschärften die Versorgungslage der Bevölkerung, selbst die offiziellen nordkoreanischen Statistiken sprechen für diesen Zeitraum von 220.000 Hungertoten bei einer Bevölkerung von 22 Millionen (*Korea Now*, 8.2.2003: 10).

In der Amtszeit Kim Dae-jungs haben die Spenden und materiellen Hilfsleistungen für den Norden deutlich zugenommen: Zwischen 1998 und 2002 leistete Südkorea Hilfe für den Norden in einem Gesamtwert von 462,8 Mio. US\$, davon aus staatlichen Fonds 272,08 Mio. US\$ und 190,72 Mio. US\$ von privaten Hilfsorganisationen und NGOs, jährlich durchschnittlich 54,42 Mio. US\$ (staatlich) bzw. 38,14 Mio. US\$ (privat). Staatliche Hilfsleistungen für den Norden gingen um 38% zurück, während die privaten Leistungen um 412% anstiegen (*Korea Now*, 22.2.2003: 12). Trotz ihrer vordergründig harten Haltung wird die US-Regierung 2003 Hilfslieferungen mit 40.000 t Nahrungsmitteln bereitstellen und hat weitere 60.000 t angekündigt. Auch die EU wird Nahrungsmittel im Wert von 21 Mio. Euro liefern und hat für die KEDO 115 Mio. Euro bereitgestellt (*Korea Now*, 8.3.2003: 12).

Der Agrarsektor ist jedoch – trotz aller Reformen – keineswegs völlig geöffnet. Einem Vertreter des UN International Fund for Agricultural Development (IFAD) wurde es verboten, einen sog. Bauernmarkt zu besuchen. Die IFAD betreut drei Projekte in Nordkorea im Gesamtwert von 70 Mio. US\$, davon sind 57 Mio. US\$ für „Mikrokredite“ an Bauern bestimmt, um Vieh und Werkzeug zu beschaffen. Dieses Verfahren an sich deutet allerdings auf wesentliche Veränderungen innerhalb des Systems kollektiver Landwirtschaft hin (*EIU Country Report South Korea/North Korea*, November 2002: 17).

Die Preise für Agrarerzeugnisse sind nach Informationen aus den Grenzgebieten zu China steil angestiegen: So verdreifachte sich der Preis für 1 kg Reis auf den Bauernmärkten in Sinuiju auf umgerechnet 1 US\$, der Preis für Mais wurde verdoppelt. Staatliche Läden in Sinuiju hatten 2002 praktisch keinen Reis und Mais mehr vorrätig, die Bauern lieferten offenkundig direkt an die Märkte, Händler (die es inzwischen offenbar gibt) horteten Getreide.

5 Energie

Nach Bekanntwerden des nordkoreanischen Nuklearprogramms, der Ankündigung des Nordens, den Atomwaffensperrvertrag nicht mehr zu befolgen, und schließlich der Aufkündigung des Agreed Framework von 1994 ist der Bau der beiden Leichtwasserreaktoren faktisch zum Erliegen gekommen. Die KEDO, die verantwortlich für den Bau ist, hat inzwischen gezielt den Kauf bestimmter Bauteile für die beiden Leichtwasserreaktoren aufgeschoben, die für den Fortgang der Arbeiten nötig sind. Die letzte Entscheidung über den Weiterbau wird fallen, wenn die nordkoreanische

Führung entscheidet, die Plutoniumanreicherungsanlage in der Nähe des Reaktors Yongbon tatsächlich in Betrieb zu nehmen.

6 Transport und Verkehr

Ein Vorzeigeobjekt der „Sonnenscheinpolitik“ Kim Dae-jungs war während seiner Regierungszeit die Wiederherstellung der wichtigsten Bahnverbindung zwischen den beiden koreanischen Staaten, über die Grenze am 38. Breitengrad hinweg. Ein grundsätzliches Übereinkommen war im August 2002 zwischen beiden koreanischen Staaten erzielt worden. Südkorea lieferte u.a. als Gegenleistung für den Beginn der Bauarbeiten an der Bahnstrecke 400.000 t Reis und 100.000 t Düngemittel in den Norden (Yonhap/Internet, 30.8.2002; XNA, 31.8.2002). Gespräche zwischen Militärs beider Seiten sollten die Sicherheit südkoreanischer Bauarbeiter gewährleisten; die nordkoreanische Seite stimmte solchen Sicherheitsgarantien zu. Die Bauarbeiten sollten im September 2002 beginnen (Yonhap/Internet, 30.8.2002). Die Arbeiten sollten Ende 2002/Anfang 2003 abgeschlossen sein, 2003 sollte auch die Eisenbahnstrecke im Osten der Halbinsel wieder durchgehend sein. Für beide Länder wäre eine solche Verbindung lohnend: Südkorea könnte Exporte schneller z.B. nach Europa transportieren, Nordkorea (und Russland ...) würden durch Gebühren, z.B. Abgaben auf Container, kräftig mitverdienen. Aber noch im Juni 2003 war das Projekt unvollendet, wie so viele andere gemeinsame Projekte, die unter der riskanten nordkoreanischen Nuklearpolitik zu leiden hatten. Neben den außenpolitischen Hindernissen sieht die südkoreanische Seite auch Probleme bei den erwarteten enormen Kosten der Sanierung des nordkoreanischen Schienennetzes, das gegenwärtig ein hohes Frachtaufkommen aus dem Süden gar nicht aufnehmen könnte. Südkorea hat die Streckenarbeiten auf seiner Seite der Grenze im Dezember 2002 abgeschlossen, von hier soll die Strecke nach Pyongyang weiter geführt werden, um dann Anschluss an die Transsibirische Eisenbahn auf russischer Seite zu finden. Zwei Hauptprobleme stehen den Plänen der Verbindung der Strecken auf nordkoreanischer Seite entgegen – neben den finanziellen Schwierigkeiten: Nordkoreas elektrifizierte Frachtzüge fahren maximal 40 km/h (wenn sie Strom haben), die südkoreanischen Züge fahren regulär mit 80 km/h. Die russischen Planer waren ursprünglich von Kosten für die Reparatur der nordkoreanischen Streckennetze und Züge von 500 Mio. US\$ ausgegangen, jetzt schätzen sie sie auf 3 Mrd. US\$. Das südkoreanische Vereinigungsministerium will in zwei Stufen vorgehen: In der ersten Phase soll die Verbindung zwischen Seoul und Pyongyang modernisiert werden, um vor allem zuerst den Warenaustausch und den Personenverkehr zwischen beiden koreanischen Staaten zu intensivieren, erst in der zweiten Phase soll das gesamte Streckennetz im Norden überholt werden. Das südkoreanische Verkehrsministerium macht langfristig eine überzeugende Rechnung auf: Der Transport eines Standardcontainers (TEU) von Pusan nach Berlin kostet auf dem Seeweg (plus Landtransport in Deutschland) 1.540 US\$ und dauert 34 Tage, die Entfernung beträgt 20.500 km. Dagegen würde ein Eisenbahntransport über eine Strecke von 12.350 km 20 Tage dauern und nur 1.280 US\$ kosten (FEER, 2.6.2003: 24). Optimisten verweisen darauf, dass bereits

einmal ein Zug von Pyongyang nach St. Petersburg gefahren sei: der Staatszug Kim Jong-ils mit 16 Waggons im August 2001. Pessimisten dagegen verweisen auf die enormen Versicherungsrisiken und die extrem hohen Vorlaufkosten. Zu Jahresbeginn 2003 schienen die Letzteren Recht zu behalten: Bilaterale Wirtschaftsgespräche blieben ohne Ergebnis, ein Datum für die Wiederaufnahme des Zugverkehrs wurde nicht genannt, auch alle anderen geplanten gemeinsamen Projekte blieben in der Schwebe, jedoch einigte man sich auf eine Fortsetzung der Gespräche. Folgende Verkehrsprojekte sind in Planung oder bereits teilweise in Angriff genommen: Die Schienenverbindung Seoul–Pyongyang, ein grenzüberschreitendes Straßenprojekt, ein Industriepark in Gaesong (NK) und ein Sperrwerkprojekt am Imjin-Fluss (*Korea Now*, 22.2.2003: 12). Provisorische Straßen zwischen Seoul und der geplanten Industriezone Gaesong bzw. an der Ostküste in Richtung Geumgang-Gebirge wurden allerdings bereits genutzt.

7 Tourismus

Der Besucherverkehr zwischen Nord- und Südkorea hat in den vergangenen drei Jahren einen steilen Aufschwung genommen: So besuchten 1998 3.317 Südkoreaner den Norden, 2001 waren es bereits 8.551. In umgekehrter Richtung war die Zahl der Besucher aus Nordkorea im Süden deutlich geringer, wies aber auf niedrigem Niveau eine ähnlich hohe Steigerungsrate auf: 1998 kam kein einziger Besucher aus dem Norden in den Süden, 2000 waren es 706, 2001 nur 191 (*Korea Now*, 8.2.2003: 11) – die Antiklimax nach dem PR-trächtigen Besuch Kim Dae-jungs in Pyongyang, der ja bekanntlich buchstäblich erkaufte wurde. Reisen ins Geumgang-Gebirge waren ursprünglich gemeinsam von Hyundai Merchant und Hyundai Asan organisiert worden; pro Tourist erhielt die nordkoreanische Regierung 100 US\$, bis zum Juni 2000 besuchten etwa 400.000 südkoreanische Touristen das Gebirge, seither hat Hyundai Asan das Gesamtgeschäft übernommen, da Hyundai Merchant Kreditprobleme hatte (*Asian Wall Street Journal*, 25.9.2002). Bis Ende September 2002 besuchten 8.876 Gäste aus dem Süden Nordkorea, damit dürfte 2002 erstmals die Grenze von 10.000 überschritten worden sein. Einen Zuwachs verzeichnete auch der Besucherverkehr aus China: Im Oktober erreichten die chinesischen Besucherzahlen 2.000 pro Tag (*EIU Country Report South Korea/North Korea*, November 2002: 3).

8 Außenwirtschaft

Nordkoreas Exporte erreichten 2002 (Jan.-Juni) nur ein Volumen von 167.000 US\$, 2001 waren es im selben Zeitraum noch 2,942 Mrd. US\$, wie die südkoreanische KOTRA meldete. Die nordkoreanischen Einfuhren erreichten im genannten Zeitraum 22,838 Mrd. US\$ (*EIU Country Report South Korea/North Korea*, November 2002: 20).

Im Juli 2002 hatte die Korea Land Corp. wesentliche Pläne für das Projekt Industriepark Gaesong (Kaesong) umrissen. Zwischen dem südkoreanischen Munsan und Gaesong soll eine Versorgungsleitung für elektrischen Strom mit einer Kapazi-

tät von täglich 100.00 kWh gelegt werden, die erwartete Nachfrage liegt in der letzten Ausbaustufe bei ca. 77.000 kWh. Vom südkoreanischen Paju (Provinz Gyeonggi) wird eine Pipeline für LNG gebaut, durch die täglich 120.000 l fließen sollen. Die Pläne zur Errichtung des Industrieparks Gaesong gehen auf das Jahr 2000 zurück, als die Hyundai-Gruppe und nordkoreanische Regierungsvertreter sich grundsätzlich auf die Gründung einer solchen Zone einigten, ohne jedoch feste Vereinbarungen zu unterzeichnen (Yonhap/Internet, 27.7.2002). In der geplanten Industriezone sollen vor allem Klein- und mittlere Betriebe angesiedelt werden, die mit hohem Arbeitskräfteeinsatz produzieren, Korea Land Corp. und Hyundai erhielten ca. 500 Nachfragen interessierter Firmen, die Kapazität von Gaesong liegt jedoch nach den Planungen bei 300 bis 400 Unternehmen (Yonhap/Internet, 9.9.2002). Hyundai rechnet in der Industriezone Gaesong langfristig mit einer Wertschöpfung von ca. 6,6 Mrd. US\$, südkoreanische Forschungsinstitute erwarten die Schaffung von mehr als 60.000 Arbeitsplätzen. Neben der Region Gaesong soll in absehbarer Zeit auch die Gebirgsregion Geumgang zur Wirtschaftszone (Internationale Tourismuszone) erklärt werden (Yonhap/Internet, 25.10.2002). Erste gesetzliche Grundlagen wurden im November 2002 geschaffen: Ausländische Unternehmen, die dort investieren, genießen Investitionsschutz und Steuervorteile. Besonders ansprechen will die nordkoreanische Regierung Unternehmen des Hotelsektors und aus dem Vergnügungsbereich. Hyundai Asan hat bereits konkrete Pläne zum Aufbau eines touristischen Zentrums vorgelegt (Sportanlagen, Golfplätze, Skipisten, Sportbootanlagen, Vergnügungsparks, Spielcasinos). Die Arbeiten für diese Projekte sollten Ende 2002 beginnen, kommen aber offenbar nicht voran, unverändert steht die Nuklearproblematik dem Vorhaben im Weg (*Korea Now*, 30.11.2002: 8).

Die Straße nach Gaesong läuft parallel zur Bahnstrecke Seoul–Sinuiju. Im Februar nutzten sie Vertreter von Hyundai Asan und Korea Land Corp., um das Gelände des Industrieparks Gaesong zu besichtigen; der geplante Industriepark liegt nur 50 km nördlich von Seoul. Die Straße an der Ostküste wurde erstmals anlässlich eines Wiedersehenstreffens getrennter Familien am Geumgang-san (22. Februar) genutzt (*Korea Now*, 8.3.2003: 13).

Der innerkoreanische Handel stieg 2002 um 59,3% auf 641,73 Mio. US\$. Südkorea importierte Waren im Wert von 271,57 Mio. US\$ (Fischerei- und Agrarprodukte, Metallerzeugnisse) und lieferte Güter im Wert von 371,55 Mio. US\$, vor allem chemische Produkte und Textilien. Der Wert des Processing-on-Commission-Handels erreichte 342,95 Mio. US\$ (+45,1% gegenüber 2001). Nichthandelstransaktionen (Lieferungen für die beiden Leichtwasserreaktoren und Hilfsleistungen) erreichten 298,77 Mio. US\$ (+79,3% im Jahresvergleich) (It. Wiedervereinigungsministerium, zitiert nach: Yonhap/Internet, 15.1.2003).

Auch der Handel Nordkoreas mit den USA konnte 2002 (Jan.-Nov.) deutlich zulegen – trotz der Spannungen. Das Gesamtvolumen des bilateralen Handels erreichte laut KOTRA 23,67 Mio. US\$ und lag damit erheblich höher als 1999 (11,29 Mio. US\$). Es handelte sich fast ausschließlich um US-amerikanische Exporte. KOTRA begründet diese Tatsache damit, dass die USA Hilfsgüter für Nordkorea

fast ausschließlich im eigenen Land einkaufen und nicht in Drittländern. 2002 lieferten die USA 155.000 t Nahrungsmittel über das WFP nach Nordkorea (Yonhap/Internet, 6.2.2003).

Dagegen brachen die Exporte aus Singapur (bislang ein wichtiger Partner Nordkoreas) um 68% auf 23 Mio. US\$ ein; die nordkoreanischen Ausfuhren fielen im Jahresvergleich gegenüber 2001 um 94% auf 167.000 US\$ (*EIU Country Report South Korea/North Korea*, November 2002: 3). Als weiterer Partner Nordkoreas in Südostasien hatte sich bisher auch Thailand profiliert, von hier waren die ersten Vorstöße in Richtung Normalisierung der diplomatischen Beziehungen ausgegangen. Ende 2002 begannen Verhandlungen über ein bilaterales Handelsabkommen, wobei Nordkorea besonders an einem Engagement in der thailändischen Bauindustrie interessiert schien. Bisher hatten thailändische Unternehmen Kontrakte im Telekommunikationsbereich für die geplanten Industriesonderzonen in Nordkorea abgeschlossen. Jedoch waren die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen 1999 in ein Tief geraten, als nordkoreanische Firmen sich weigerten, 84 Mio. US\$ für Reislieferungen zu zahlen. Ende 2002 war der Fall noch ungelöst, aber die thailändische Seite hielt die Tür für Nordkorea offen (FEER, 28.11.2002).

Der buddhistische Jogye-Orden aus Südkorea hat mit dem nordkoreanischen Buddhistenverband Joseon in Beijing eine Vereinbarung getroffen, der zufolge Tempelmalerei des südkoreanischen Ordens 2003 insgesamt 144 Wandmalereien in 59 nordkoreanischen buddhistischen Tempel restaurieren werden; die südkoreanischen Mönche werden auch auf Kosten ihres Ordens dringend nötige Reparaturen an den Gebäuden der nordkoreanischen Tempel ausführen (*Korea Now*, 8.2.2003: 33).

Im Februar 2003 reiste eine Gruppe südkoreanischer Touristen und Funktionäre erstmals auf dem Landweg mit Bussen zum Geumgang-Gebirge, der Buskonvoi fuhr bei der Entmilitarisierten Zone (DMZ) in Panmunjom über die Grenze. Die Reisenden waren Mitarbeiter von Touristikveranstaltern und der Firma Hyundai Asan, die auch bisher schon die Reisen zum Geumgang organisiert hatte. Die Fahrt galt als Pilotprojekt für zukünftige Touren auf dem Landweg (*Korea Now*, 8.2.2003: 12, 22.2.2003: 5). Inzwischen hat die Bokwang Family Mart Co. im Geumgang-Gebirge zwei Convenience Stores eröffnet, die ersten in einem sozialistischen Land. Angeboten werden Milchprodukte, Eiscreme, Instantnudeln, Bücher, Zeitschriften (!) u.Ä. (Yonhap/Internet, 6.11.2002).

ISSN 1432-0142
ISBN 3-88910-296-4

Copyright Institut für Asienkunde
Hamburg 2003

Manuskriptbearbeitung: Vera Rathje
Satz und Textgestaltung: Siegrid Woelk
Gesamtherstellung: einfach-digital print edp GmbH, Hamburg

<p>Korea 2003. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft / hrsg. von Patrick Köllner. – Hamburg : IFA, 2003. – 315 S. ISSN 1432-0142 ISBN 3-88910-296-4</p>
--



VERBUND STIFTUNG
DEUTSCHES ÜBERSEE-INSTITUT
Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Das Institut für Asienkunde bildet zusammen mit dem Institut für Allgemeine Überseeforschung, dem Institut für Afrika-Kunde, dem Institut für Iberoamerika-Kunde und dem Deutschen Orient-Institut den Verbund der Stiftung Deutsches Übersee-Institut in Hamburg.

Aufgabe des Instituts für Asienkunde ist die gegenwartsbezogene Beobachtung und wissenschaftliche Untersuchung der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Asien.

Das Institut für Asienkunde ist bemüht, in seinen Publikationen verschiedene Meinungen zu Wort kommen zu lassen, die jedoch grundsätzlich die Auffassung des jeweiligen Autors und nicht unbedingt die des Instituts darstellen.

Nähere Informationen zu den Publikationen sowie eine Online-Bestellmöglichkeit bietet die Homepage: www.duei.de/ifa.

Alle Publikationen des Instituts für Asienkunde werden mit Schlagwörtern und Abstracts versehen und in die kostenfrei recherchierbare Literaturdatenbank des Fachinformationsverbundes Internationale Beziehungen und Länderkunde (www.duei.de/dok) eingegeben.

Anfragen zur Asienliteratur richten Sie bitte an die Übersee-Dokumentation (Tel.: 040/42825-598 – Fax: 040/42825-512 – E-Mail: dok@duei.de).